

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Zur für Nachdruck: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marsstraße 38/40.
Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. d. M. 25 bei 100 Exemplaren, 30 bei 50 Exemplaren, 15 bei 25 Exemplaren, 10 bei 10 Exemplaren, 5 bei 5 Exemplaren. Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die Spalte 30 mm br., Zeile 30 mm l., ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Postbezugspreis für Monat März 3 G. M. Einzelnummer 10 G. M. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

14 Ringstraße **Königsdielen** Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Konfirmationsgeschenke
Uhren und Schmuck
Emil Kern, Uhrmachermeister
Friesengasse 1, an der Moritzstraße

PETZOLD & AULHORN A.G.
Leck
SCHOKOLADEN - PRALINEN
SIND BELIEBT UND BEGEHRT

Neue Verwirrungsmanöver der Linken.

Weitere Einzelheiten aus dem Aufwertungsentwurf. — Bekanntgabe der Vorlage am Freitag. Befriedigung der Reichsregierung über die Rede Chamberlains. — Mißtrauen in Frankreich. — Landtagsauflösung in Oldenburg.

Demokratischer Vorstoß gegen die Rechtsfront

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 25. März. Nachdem verschiedene Versuche der politischen Linken im Lager der Weimarer Koalition, den Reichsblock zu sprengen, vollkommen gescheitert sind, veröffentlicht heute ein demokratisches Mittagsblatt Mitteilungen über die angebliche Unzufriedenheit katholischer Reichskreise mit der gestrigen Erklärung des Vorsitzenden des Reichsblocks, Staatsminister v. Voelckel. In dieser Erklärung war bekanntlich mitgeteilt worden, daß Dr. Jarres für den Reichsblock auch im Falle eines zweiten Wahlganges kandidieren wird.

Vom Reichsblock wird uns dazu mitgeteilt, daß die Kombination des demokratischen Blattes

in seiner Weise mit den Tatsachen übereinstimmen.

Im Reichsblock besteht völlige Einmütigkeit über die Erklärungen, die Staatsminister v. Voelckel gestern abgegeben hat. Im übrigen zeigen die Kombinationen über die angebliche Unzufriedenheit katholischer Reichskreise nur zu deutlich, daß die Sammelkandidatur der Linken noch nicht aufgegeben ist, und daß man von demokratischer Seite aus sich fortgesetzt bemüht, den demokratischen Kandidaten als Einigungskandidaten für einen Block der Mitte anzusprechen. Man rechnet im Reichsblock damit, daß in den nächsten Tagen noch weitere Manöver dieser Art angestellt werden, und daß man vor allem auch versuchen wird, falls der erste Wahlgang nicht die gewünschte Klärung bringen sollte, die Verhandlungen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang durch die unglücklichsten Gerüchte zu verwirren.

Dr. Jarres in Stuttgart.

Berlin, 25. März. Dr. Jarres traf heute mittag in Begleitung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Kapitänleutnant Treviranus und des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Spielernagel in Stuttgart ein.

Der Aufruf der Wirtschaftspartei für Jarres.

Berlin, 25. März. Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes erläßt einen Wahlauftrag, in dem es heißt:

Die Wirtschaftspartei konnte bei den wiederholten Besprechungen der Vertreter der verschiedenen Parteien und Organisationen im Reichsbürgerrat mit Befriedigung feststellen, daß sich alle beteiligten Kreise des deutschen Volkes unter dem höheren Gesichtswinkel eines Einigungsvorstoßes möglichst weiter Kreise des deutschen Volkes bezieht geizten, Sonderwünsche irgendwelcher Art zurückzustellen. Es beruht vielmehr der ernste Wille vor, nach einem Mann zu suchen, der nicht parteipolitisch exponiert erscheint, aber in bezug auf den Charakter und die Bedeutung für dieses höchste Amt, welches das deutsche Volk zu vergeben hat, die unerlässlichen Bedingungen erfüllt. Die Wahl sei nach sorgfältigsten Beratungen und ausgedehntem Meinungsstandaustausch auf den früheren Reichsminister Dr. Jarres. Selber ist die Basis der Einigung kleiner geworden, als wie sie die Wirtschaftspartei erstrebt und erstrebt hat; doch steht immer noch fest, daß sich wenigstens ein großer Teil des deutschen Volkes unter Zurückstellung aller Bedenken und Sonderwünsche zusammengefunden hat im

höchsten Interesse des Vaterlandes. Den Tatsachen in schicksalsschwerer Stunde alle eigenen Hoffnungen und Wünsche unterzuordnen, ist von jeder selbstverständliche Pflicht des deutschen Mittelstandes gewesen. Deshalb schließt sich die Wirtschaftspartei reiflich dem Einigungsgedanken an, und deshalb kann sie am 25. März für den deutschen Mittelstand nur eine Wahlpflicht geben: Jede Stimme für Dr. Karl Jarres!

Zerbröckelung einer Wahlliste.

Berlin, 25. März. Das Blatt des Sozialistischen Verkehrsbandes schreibt in einer Auslassung über den Präsidentschaftskandidaten: Jarres diene der deutschen Reaktion, er, der gegen Sachen habe marschieren lassen. Gegenüber dieser ganz offensichtlichen Fälschung der historischen Tatsachen muß noch einmal festgestellt werden, daß, als die Reichswehr in Sachsen einmarschierte, um Ordnung zu schaffen, kein anderer als der Sozialdemokrat Wilhelm Sollmann Reichsinnenminister unter der Präsidentschaft des Sozialisten Ebert war. Der Oberbürgermeister Duisburgs, Dr. Karl Jarres, sah zu gleicher Zeit aber im französischen Gefängnis. Es muß tatsächlich überaus schlecht um die Aussichten der sozialistischen Ministerpräsidentschaft stehen, wenn man immer wieder zu solchen Mitteln greifen muß.

Die Bloßstellung Adenauers.

Berlin, 25. März. Der dem Zentrum angehörende Oberbürgermeister Kölns Dr. Adenauer hat in Köln das Wort zur Verfassungspolitik ergriffen. Seine Rede nimmt heute die „Kreuz-Zeitung“ zum Anlaß von Ausführungen, die geradezu verurteilend für den Politiker Adenauer sind. Sie weist zunächst darauf hin, daß er in seiner Kölner Rede ganz vergessen habe, die Rolle zu erwähnen, die er beim Versuch der

Schaffung einer rheinischen Goldwährung

gespielt hat. Man merke seiner Rede an, daß er nur sehr ungerne auf das ganze Rheinlandproblem und seine Lösungsversuche im Herbst 1923 eingegangen sei. Er habe kein Wort darüber gesagt, was er selbst vorgeschlagen und befürwortet habe und spreche sich über die Politik überhaupt nicht aus, die er betrieben wissen wollte und die er mit seinem Freunde Dagen schon lange vorbereitet hatte. Dort liegt aber der Schwerpunkt. Es werde Herrn Adenauer nichts übrig bleiben, als auf die ganze Angelegenheit nochmals zurückzukommen, auch wenn er nicht wolle.

Träger der Rheinlandpolitik, im Sinne mindestens einer Lösung von Preußen, sei er gewesen.

Diese Tatsache sei zu offensichtlich, als daß jetzt Herr Adenauer mit einigen leeren Ausflüchten, die den Kern der Sache nicht berühren, darüber hinweggehen könnte.

Der Demokrat Erkelenz hat sich in Karlsruhe mit der Angelegenheit befaßt, aber nur die Demokraten in Schutz genommen und sich wohl gebüht, für Adenauer einzutreten. Die „Kreuz-Zeitung“ erhebt die Frage, was sich denn in Köln abgespielt habe, als die Adenauer und Dagen die wirtschaftliche Lösung weiter Gebietsstelle bis ins unbeliebte Deutschland hinein vom Reich betrieben. Nicht Verfassung, sondern Separationspolitik wird Herrn Adenauer zum Vorwurf gemacht.

Achtung! Blatteis!

Willy Hellpach.

Wenn Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ durch mächtige Konfarenstöße das Reich am Beginn des großen demokratischen Pressekonvents abt, in das dann prompt der vielstimme, wenn auch nicht immer harmonische Chor der großen und kleinen Blätter im Reiche einfließt, stimmt irgend etwas in der deutschen Symphonie nicht. Das laute Plech solcher Trompeten sucht dann ameis das nationale Leitmotiv durch bombastische Phrasen zu überdehnen und den Eindruck zu erwecken, als ob die Aufführung nur um seinetwillen veranstaltet worden sei.

Dr. Hellpach, der badische Staatspräsident und demokratische Parteikandidat für die Präsidentschaftswahl, ist in Nord- und Mitteldeutschland bisher eine unbekannte Größe gewesen. Wenn überhaupt, so ist er dem aufmerksamen Zeitungsläser in letzter Zeit nur durch einen unliebsamen Vorfall in Erinnerung geblieben, und das war seine Heidelbergere Rede am Grab Eberts, in die er als einziger offizieller Vertreter der Staatsbehörden auch im Angesicht des Todes die Parteivbräse nicht unterdrücken konnte. Was sein, daß er sich bereits damals seinen Anhängern auf solche Weise für eine demokratische Kandidatur empfohlen wollte; vielleicht war es auch nur das durchgehende Temperament des glänzenden Redners, das das Konvocat der geplanten Ansprache sprengte — in die weitere deutsche Öffentlichkeit ist er jedenfalls mit beiden Beinen als Demokrat schärfter Prägnanz aufsprungen — und hat seinen Zweifel darüber gelassen, was Nam' und Art er ist.

Das ist an sich lobenswert und spricht für den Charakter dieses Mannes — wenn es ihn nicht gleichzeitia eben darum für den künftigen Präsidentschaftskandidaten höchst ungeeignet machte. Das all' festhalten zu werden, noch ebe wir uns weiter mit seiner Persönlichkeit befaßen: Ein Parteimann als Reichspräsident ist heute und wahrscheinlich auch in alle Zukunft für Deutschland unbrauchbar. Aus diesem Grunde muß die Kandidatur Hellpach für jeden verantwortungsbewußten Deutschen ebenso ausschließen, wie eine Anwartschaft Adenauers, Marx', Brauns oder Ebdalmanns — unbeschadet der persönlichen Einstellung, die der einzelne zu dem Vertrauensmann der ihm nahestehenden politischen Partei einnimmt.

Und Hellpach ist Parteimann. Will Parteimann sein. Das beweist nicht nur die Ueberheblichkeit, mit der einzig die demokratische Presse, und zwar gerade ihr extremster linker Flügel für ihn eintritt, das beweist auch Schrift und Rede dieses begabten Mannes, mag er sich i. h. immerhin bemühen, die Kanten seiner eindeutigen inneren Ueberzeugung nach rechts und links abzuschießen, um sich als Verbindungsstück in den geborhenen Wagen der deutschen Einheit besser einzupassen. Was ein wortgewandter Mann, den seine eigene Presse natürlich sozgleich zum „umtreitla besten Redner Deutschlands“ stempelt, in dieser Hinsicht fertig bringen kann, haben wir soeben in Dresden erlebt. Die Sachen, die sich „hart im Raum stoken“, hob er mit artistischer Geschicklichkeit in das luftige Reich der Ideen und brachte dort zum Aussehen, was in der Wirklichkeit den Bruch nicht vermeiden läßt und ein klares Verkenntnis zu ja oder nein erfordert. Geschick führte er seine Hörer auf die Gebiete, wo Zweifel und Gemisheit nicht beieinander wohnen: Uek sie Kraucheln und richtete sie dann wieder an seinen mit erkanntischer Dialektik assimmierten demokratischen Rettungstürmen auf, Dr. Hellpach, ein glänzender Redner — gewis, aber auch das nur wieder ein Grund mehr, ihm mit schärfstem Mißtrauen zu begegnen, denn geistreiche Suede und zielbewußte Tat sind selten miteinander veridmivert. Sie schließen sich nicht aus, wie das Befehle Bismarcks zeigt — aber auch bei Bismard kam erst die Tat und dann die Redel Hellpach's Taten? Er ist zweifellos ein vielseitiger, ehrgeiziger Mann, den seine Unrast von der schlesischen Heimat nach Baden ver schlägt, ein dem Kreise der akademischen Sozialidealken nahekehend, Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, und sehr bald von dem entlagungsvoßen Verufe des praktischen Arztes nicht mehr befriedigt, schlägt er die Hochschulfarrriere ein, wird Professor, ist vielseitig literarisch tätig, daneben immer parteipolitisch interessiert, wird badischer Abgeordneter, Minister, Staatspräsident und hofft nun an das höchste Ziel seiner Wünsche zu gelangen. Was freilich Vieles von ihm an den vielen Stätten seiner Wirksamkeit geschaffen wurde, davon meldet die Geschichte nichts, Es sei denn

Vor Veröffentlichung der Aufwertungsgesetze.

Die Gesekentwürfe über die Aufwertung.

Anleihen und Hypotheken.

Berlin, 25. März. Das Reichskabinett hat am Mittwoch vormittag beschlossen, die beiden Gesekentwürfe über Aufwertung am Freitag der Öffentlichkeit zu übergeben. Es handelt sich um den im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesekentwurf über die Aufwertung der Anleihen und um den im Reichsjustizministerium ausgearbeiteten Gesekentwurf über die Aufwertung von Hypotheken. Bei der Aufwertung der Anleihen ist an der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz, über die bekanntlich sehr lange Verhandlungen mit Bankkreisen stattgefunden haben, festgehalten. Als Stichtag ist der 1. Januar 1920 in der Form gewählt worden, daß als alter Besitz grundsätzlich alles gilt, was durch die Vermögenssteuererklärungen vom 31. Dezember 1919 nachgewiesen ist. Gewisse Ausnahmen gelten für die Zeit nach dem 1. Januar 1920, sobald mündelichere Anlagen in Betracht kommen. Die Höhe der Aufwertung beträgt, wie bereits mitgeteilt, 5 Prozent für den alten sowie für den neuen Besitz.

Die Ausnahme des Zinsendienstes erfolgt aber nur für den alten Besitz.

Der Zinsendienst für den neuen Besitz soll erst nach Abklärung aller Reparationsverpflichtungen beginnen. Die Höhe

des Zinsdienstes ist noch nicht festgesetzt. Es werden sich insolge dessen die parlamentarischen Auseinandersetzungen hierbei um die Frage drehen, ob ein besonders hoher oder ein niedriger Betrag für die Verzinsung in das Budget eingerechnet werden kann. Ueber diesen Punkt ist eine Einigung zwischen Regierung und Parteien noch nicht erzielt.

Ebenso steht noch nicht fest, ob eine besondere Anzahlung für Sozialrentner vorgenommen wird, zumal noch nicht ganz zu übersehen ist, wie hoch der Betrag an Kriegsanleihe ist, der sich in der Hand von Sozialrentnern befindet.

Was den Aufwertungssatz für die Anleihen von Kommunen betrifft, so steht der Gesekentwurf vor, daß den Kommunen die Festsetzung überlassen bleiben soll, ebenso wie den Pändern überlassen bleiben soll, den Aufwertungssatz ihrer Anleihen festzusetzen.

Die Hypothekenaufwertung soll 25 Prozent betragen.

Erneutes Verbot von Hitler-Versammlungen.

München, 25. März. Die Polizeidirektion München hat die für morgen geplanten nationalsozialistischen Versammlungen verboten, in denen Adolf Hitler über das Thema: „Die nationale Opposition und die Reichspräsidentenwahl“ sprechen wollte. (B. T. W.)